

Gleichschaltung

Worum es im Steuerstreit wirklich geht. Ärger über die Oscar-Verleihungen und Daniel Day-Lewis.

Kolonialismus in Reinkultur. Wird in der Schweiz ein Steuerhinterzieher erwischt, zahlt er eine Busse und Nachsteuern. In Deutschland wird er frühmorgens vor laufender Fernsehkamera abgeholt mit der Aussicht auf zehnjährige Kerkerhaft. Keine Missverständnisse: Jedes Land hat ein Recht auf sein eigenes Steuer- und Justizsystem. **Es ist Deutschland unbenommen, Steuerflucht mit den härtesten Sanktionen des Abendlandes zu bekämpfen, doch darum geht es nicht.** Die Deutschen wollen mehr. Sie fordern die Geltung ihrer Steuerhinterziehungsgesetze über die Landesgrenzen hinaus. Sie erwarten, dass man deutsche Steuerflüchtlinge auch in der Schweiz oder in Liechtenstein (bei England ist man vorsichtiger) mit deutscher Gründlichkeit verfolgt. Am letzten Wochenende sagte Bundesfinanzminister Steinbrück allen «Steuroasen», auch der Schweiz, den Kampf an. Wenn unter Kolonialismus die Umsetzung einer Strategie verstanden wird, die einem Land das Rechtssystem eines anderen Landes gewaltsam aufnötigt, dann ist Steinbrücks **Drohung Kolonialismus in Reinkultur.**

Sieben Millionen Franken Busse. Die deutschen Geheimdienste zahlten sieben Millionen Franken für die illegal beschafften Kundendaten einer Liechtensteiner Bank. In der Schweiz wurde eine Bankgeheimnisverletzung kürzlich mit einer Busse von rund 5000 Franken geahndet. Angesichts der horrenden deutschen Prämien ist absehbar, dass es sich bald für ungezählte Schweizer Bankangestellte lohnen könnte, heikle Informationen an die Steuerfahnder weiterzuleiten. Daraus folgt: **Die Schweizer Justiz muss das Strafmaß erhöhen auf den neuen Industriestandard von sieben Millionen Franken.** So könnte der von Deutschland gestiftete, flächendeckende Anreiz zur Wirtschaftskriminalität etwas gekontert werden.

Ausschaltung der Systemkonkurrenz. Heute werden die Banken angegriffen, aber was kommt danach? Hinter den salbungsvollen Politikerformeln «Solidarität», «Verantwortung der Elite», «Steuergerechtigkeit» steckt nichts anderes als ein knallharter wirtschaftlicher **Verdrängungswettbewerb.** Deutschland will die jährliche Abwanderung von über 20000



Am Anfang war die Ritterhorde.

hochqualifizierten Landsleuten in die Schweiz abbremsen. Man erträgt es nicht, dass zahllose Deutsche, nicht die Dümmeren, aus freien Stücken den Weg ins Exil antreten, weil sie sich auf tiefere Steuern, höhere Löhne und weniger Bevormundung freuen. Doch statt die eigenen Probleme zu lösen, drangsaliert man Länder, die es besser machen. Deutschland will sich wirtschaftspolitische Standortvorteile verschaffen, indem man der Schweiz die Nachteile Deutschlands aufzwingt. Seit Jahren wird das Bankkundengeheimnis auf Druck von aussen aufgeweicht. Seit Monaten mischt sich die EU, kräftig befeuert von Deutschland, in unsere kantonalen Steuerhoheiten ein. Was kommt als Nächstes? Zu befürchten ist eine europaweite Gleichschaltung der Steuersysteme. Der liberale Schweizer Arbeitsmarkt wird unter Druck kommen, damit er sich nach dem Vorbild des wirtschaftlich ruinösen «europäischen Sozialmodells» verschlechtert. **Berauscht durch den Glauben an die eigene moralische Überlegenheit, gehen Deutschlands Politiker wieder einmal rücksichtslos gegen Wohlstand und Freiheit vor.** Die Souveränität anderer Staaten wird missachtet, das eigene Rechtssystem zum Universalmaß erklärt. Der Bundesrat hat noch keine Gegenstrategie.

Worum es nicht geht. Natürlich verbindet sich mit der Kritik des deutschen Steuerkolonialismus nicht ein Freispruch für Leute, die ihre Steuern hinterziehen. Dieses Argument kommt immer auf, wenn einer die expandierenden Begehrlichkeiten des öffentlichen Sektors geißelt. Zu Unrecht. Man hat sich an die Gesetze des Landes zu halten, in dem man lebt. Wer die Steuern als zu hoch empfindet, kann sich politisch dagegen engagieren oder auswandern oder schweigen und zahlen. Umso wichtiger bleibt der Steuerwettbewerb: Er zeigt den einzelnen Staaten, wie die Leute wirklich denken. Bleiben sie, stimmt das Preis-Leistungs-Verhältnis.

Ursprung des Staates. Am Anfang war die Ritterhorde. Bewaffnete Reiter zwangen hilflosen Bauern gegen Bezahlung ihren Schutz auf. Verlangten sie zu viel, riefen die Bauern andere Waffenmänner herbei, um sich gegen die früheren Herren zu verteidigen. Aus den mobilen Abhängigkeiten wurden stabile Hierarchien, während man die Schutzgelder irgendwann in Steuern umbenannte. Der moderne Staat ist nichts anderes als eine zivilisierte Räuberbande, die auf dem Weg durch die Geschichte zur gewählten Volksvertretung aufstieg. So beschrieb es der verstorbene Wirtschaftswissenschaftler Mancur Olson in seinem Klassiker «Power and Prosperity». Er konnte mit der grassierenden Verklärung staatlicher Ansprüche wenig anfangen.

Daniel Day-Lewis. Unerträglich bleibt der Schauspieler und neuerliche Oscar-Gewinner Daniel Day-Lewis, den ein Redaktionskollege völlig zutreffend als «angestrengt grimassierenden Feuilletonliebling» bezeichnet. Auch er verkörpert als Inbild des europäischen Kulturhelden das schlechte kommerzielle Gewissen Hollywoods. Einige Einkommensklassen weiter oben bewirtschaftet mit langjährigem Grosserfolg das Frauen- und Intellektuellenidol Johnny Depp den Part des exzentrischen Antistars aus Südfrankreich. Seine Genialität besteht darin, dass man es ihm als Ausdruck eines höheren Geschmacksempfindens und feinsinniger, ja gewollter Ironie auslegt, wenn er sich unbeirrbar nur die allerschlechtesten Filme für seine Rollen aussucht (Tiefpunkt bleibt die unsägliche Klamotte über den Desasterregisseur Ed Wood). Um ein Haar hätte er den Kinokracher «Pirates of the Caribbean» ruiniert durch seine überreizte Performance als Schwuchtelkapitän Jack Sparrow. Neue Promotionsbilder zeigen Depp als mordenden Damen-Coiffeur mit Puffmutterperücke. Die Feuilletons jubeln auf Vorrat. Hier wird bald ein Oscar fürs Lebenswerk fällig.

Roger Köppel